

Samstag, 04. Juli 2020, 07:47 Uhr

STIMME.de

HEILBRONN

HOHENLOHE

KRAICHGAU

SÜDWESTEN

SPORT

DEUTSCHLAND &



Unser Themenspezial zum Coronavirus

[Nachrichten](#) [Wirtschaft](#) [Kultur](#) [Polizei-Ticker](#)

03. Juli 2020, 17:37 Uhr Update: 03. Juli 2020, 19:40 Uhr

Regionalversammlung macht Weg für Gewerbegebiete frei

Region Die Kommunen in Heilbronn-Franken können bis 2030 Industrie- und Gewerbeflächen im Umfang von 426 Hektar neu ausweisen. Das entspricht der doppelten Fläche des Fürstentums Monaco.

Von [Alexander Hettich](#)



Der Regionalverband schafft nach jahrelanger Planung die Voraussetzung, damit 20 regionale bedeutsame Flächen für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen ausgewiesen werden können. Die Gesamtfläche liegt bei 426 Hektar, rund 60 waren schon im bisherigen Regionalplan berücksichtigt. Das entspricht der doppelten Fläche des Fürstentums Monaco.

Der große Rest ist Ergebnis der Änderung, die in der Regionalversammlung bei der Sitzung am Freitag in Neckarwestheim beschlossen wurden. "Das sind die besten Standorte", betonte Verbandsdirektor Klaus Mandel gegenüber unserer Redaktion. "Sie wurden gegen alle anderen abgewogen."

Zwei Areale liegen mit den Böllinger Höfen und dem Gewerbegebiet südlich von Sontheim in Heilbronn, sieben im Kreis Heilbronn, fünf im Landkreis Schwäbisch Hall, und je drei im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis.



Erweiterungskandidat: Heilbronner Gewerbegebiet Böllinger Höfe.
Foto: Archiv

Buchäcker bei Bad Rappenau soll kräftig wachsen

Zu den größten potenziellen Erweiterungsflächen zählt das Gewerbegebiet Buchäcker bei Bad Rappenau-Bonfeld mit 37 Hektar, das Areal Ilsfeld-Bustadt mit mehr als 30 Hektar oder eine Fläche zwischen Waldenburg und Kupferzell in Hohenlohe, wo die Möglichkeit der Erweiterung um mehr als 42 Hektar eröffnet wird. Der Regionalplan gibt den Rahmen vor, die weitere Entwicklung der Flächen obliegt den Kommunen.

Der Beschluss bedeute nicht, "dass alle Flächen überbaut werden", betonte Leingartens Bürgermeister Ralf Steinbrenner für die Freien Wähler. Er eröffne aber Optionen. Von einem "stimmigen Paket, das nicht mehr aufgeknüpft werden darf", sprach SPD-Fraktionsvorsitzender Hanspeter Friede. "Wir dürfen in Europa als Region nicht abgehängt werden."

Zustimmung signalisierten auch Vertreter von CDU und FDP, während die Fraktion Grüne/ÖDP/Die Linke kurzfristig einen Änderungsantrag eingebracht hatte. Sie wollte den Planungshorizont von 2030 auf 2040 ausdehnen. "Der Flächenverbrauch ist zu hoch", griff Fraktionsvorsitzender Armin Waldbüßer Bedenken auf, die im Verfahren insbesondere von Seiten der Landwirtschaft geäußert worden waren.

Bedenken von Seiten der Landwirtschaft

"Weitere Gewerbegebiete", so Waldbüßers Befürchtung, "werden auf Kosten wertvoller landwirtschaftlicher Flächen möglich." Auch vor dem Hintergrund der Corona-Unsicherheiten solle man vorsichtig agieren. Gerade die Unsicherheit spreche dagegen, den Planungshorizont noch weiter zu fassen, argumentierte der Verbandsvorsitzende Joachim Scholz: "Wir haben alle keine Glaskugel."



Alexander Hettich

Autor